



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

41. Ratssitzung vom 15. März 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/287 und 2022/290

1522. 2022/287

Motion von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Anna Graff (SP) vom 29.06.2022: Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/287 und 2022/290

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Motion GR Nr. 2022/287 (vergleiche Beschluss-Nr. 319/2022): Frankreich, Belgien, Island, Deutschland, Spanien: Alle setzen sich in irgendeiner Form mit einer 35-Stunden-Woche auseinander. Die Motion fordert ein Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte im Schichtbetrieb. Eine Studie der Uni Bern mit dem Titel «Weniger ist mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit» kommt zum Schluss, dass neue Wege beschritten werden müssen, um zeitgenössischen Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Klimakrise und Versorgung entgegenzutreten zu können. Wachstum ohne Grenzen geht nicht mehr auf, weder technologische Fortschritte noch eine zusätzliche Flexibilisierung der Arbeitszeit können Abhilfe schaffen. Im Rahmen des Pilotprojekts sollen Kosten und Auswirkungen einer 35-Stunden-Woche untersucht werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass verringerte Arbeitszeiten in feminisierten Berufen oft nicht zu weniger, sondern zu mehr Arbeit für betroffene Frauen führt. Diese wird dann zuhause als unvergütete Care-Arbeit verrichtet. Da unser Vorstoss die bestehenden Geschlechterunterschiede nicht verschärfen möchte, ist es wichtig, Versuche insbesondere in von Männern ausgeübten Berufsgruppen durchzuführen. Uns ist klar, dass ein solcher Versuch nicht gratis ist. Es müssen wahrscheinlich zusätzliche Stellen geschaffen werden. Der Versuch kann massgeblich zu fortschrittlichen und effizienten Veränderungen in der Arbeitsstruktur und -kultur führen. Wie sich die Arbeitskürzung auf den Lohn auswirkt, haben wir absichtlich offengelassen. Wir empfehlen eine vollständige Kompensierung der tiefen Löhne und eine eventuelle Reduktion jener Löhne, die über dem Branchenmedian liegen. In Island hat der Versuch zur Einführung einer 35-Stunden-Woche für 86 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung geführt. In Göteborg hat ein Pilotprojekt gezeigt, dass ein 6-Stunden-Tag Stress deutlich verringert, was sich wiederum auf Fehler und zusätzliche Kosten auswirkt. Der Stadtrat beteuert, diese Vorteile zu erkennen, wehrt sich aber mit Händen und Füßen gegen die Motion. Er sieht sich nicht in der Verantwortung, die Arbeitszeiten seiner Angestellten zu regeln, auch wenn ihm dies ermöglicht würde. Weiter führt er aus, dass die 35-Stunden-Woche den Fachkräftemangel verschärfen könnte, obwohl beispielsweise etliche Pflegeangestellte auf die unmöglichen



Arbeitszeiten verweisen, die sie zu einem Berufsausstieg bewegen. Die Kosten für das Pilotprojekt verortet der Stadtrat bei 110 Millionen Franken im Jahr. Woher diese Zahl kommt, weiss keiner. Die 35-Stunden-Woche verursacht nicht nur Kosten, sondern auch Einsparungen in anderen Bereichen, beispielsweise in der Gesundheit und Pflege. Um die genauen Kosten herauszufinden, soll das Projekt getestet werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die psychische Gesundheit des städtischen Personals ist dem Stadtrat äusserst wichtig. Das Personal wird regelmässig befragt und wenn nötig unterstützt. Der Stadtrat schaut auf keinen Fall untätig zu: In den letzten Jahren wurden hunderte Stellen geschaffen, Löhne massiv angepasst, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, und vieles mehr. Die Motion lehnen wir aus mehreren Gründen ab. Formell ist die Regelung der Arbeitszeit nicht Teil der Kompetenzen des Stadtrats, sondern im Arbeitsrecht geregelt. Es gibt auch inhaltliche Vorbehalte. In Island und Belgien mag dieses Modell funktionieren, doch in Zürich ist das Lohnniveau ein anderes, besonders bei städtischen Stellen. In der Schweiz wird gewünschte geringere Arbeitszeit mit Teilzeitmodellen geregelt. Das eignet sich besser. Woher soll das zusätzlich benötigte Personal kommen, um die Ausfälle im Schichtbetrieb zu kompensieren? Auch lässt die Motion offen, ob die Arbeitszeitreduktion nur teilweise eingeführt wird. Das könnte nicht nur zu Ungleichbehandlungen, sondern auch zu Lohnklagen führen. Das möchte ich vermeiden. Schlussendlich ist das Pilotprojekt extrem aufwändig. Aufgrund dieser Argumente möchte der Stadtrat die Weisung nicht als Motion, aber als Postulat entgegennehmen.*

Anna Graff (SP) *begründet das Postulat GR Nr. 2022/290 (vergleiche Beschluss-Nr. 322/2022): Ich möchte unseren zweiten Vorstoss zu diesem Thema vorstellen, aber auch schon auf einige von STR Daniel Leupi erwähnte Gegenargumente eingehen. Menschen sollten arbeiten, um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten. Die Schweiz weist im OECD-Vergleich eine der längsten Wochenarbeitszeiten auf. Wir fordern mit diesem Postulat parallel einen zweiten wissenschaftlich begleiteten Versuch zur Arbeitszeitreduktion mit einem gestaffelten Lohnausgleich. Dieser weist jedoch zwei wichtige Unterschiede zu dem in der Motion geforderten Versuch auf. Einerseits soll eine 4-Tage-Woche getestet werden, nicht eine 35-Stunden Woche. Die 35 Stunden Arbeitszeit sollen sich explizit auf 4 Tage verteilen. Andererseits richtet sich der Versuch an interessierte Firmen aus der Privatwirtschaft. Die Politik soll Experimente in diesem Bereich gezielt fördern. Wir haben bereits einige Argumente für eine Arbeitszeitreduktion gehört. Auch der Stadtrat nimmt diese zur Kenntnis. Kürzere Arbeitszeiten schaffen mehr Zeit zum Leben und verringern Stress. Weniger Arbeitszeit trägt positiv zur Geschlechtergleichstellung bei, da sie einen Ausgleich zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit fördert und Männer mehr Zeit für die Ausübung von Sorgearbeit erhalten. Bei einer Arbeitszeitreduktion, die explizit eine 4-Tage-Woche in Aussicht stellt, kommen weitere Vorteile hinzu: Wenn 20 Prozent des Arbeitswegs obsolet werden, werden Treibhausgasemissionen eingespart. Das Problem des Fachkräftemangels kann ebenfalls bekämpft werden, indem dem Personal bessere Bedingungen geboten werden. All dies wurde in Studien in anderen Ländern, aber auch in der Schweiz empirisch belegt. Es gibt keinen Zusam-*



menhang zwischen Arbeitszeit und Leistung. Besonders bei Berufen, die eine hohe Motivation und Konzentrationsfähigkeit benötigen, steigt die Produktivität bei weniger Arbeitszeit. Der Basler Grossrat stimmte aus all diesen Gründen bereits für eine 38-Stunden-Woche. Zürich sollte auf nachhaltige und zukunftsfähige Modelle setzen. Uns ist klar, dass eine solche Veränderung Zeit braucht. Deshalb schlagen wir keine sofortige Umsetzung, sondern zwei wissenschaftlich begleitete Pilotversuche vor. Diese sollen Erfahrungen bei der Umsetzung dokumentieren und weitere Erkenntnisse zum Modell der 4-Tage-Woche sammeln. An der 42-Stunden-Woche festzuhalten, ist angesichts der massiven Produktivitätssteigerung und Stressbelastung in unserer Gesellschaft mutlos und fahrlässig. Wagen sie mit der Zustimmung zu den geforderten Pilotprojekten den unvermeidbaren und längst überfälligen Schritt in die Zukunft.

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 13. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2022/290: Der Fachkräftemangel ist in zahlreichen Branchen Tatsache. Unternehmen versuchen, ihren Arbeitnehmenden Bedingungen zu bieten, die besser sind als die der Konkurrenz. Es gibt aber auch negative Beispiele aus dem Ausland, wie in unserem Nachbarland im Westen. Es soll Unternehmen freistehen, Massnahmen einzuführen und wissenschaftlich begleiten zu lassen. Die Stadt würde dabei nur stören. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat und die Motion ab.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Götzl (SVP): Woche für Woche werden im Gemeinderat Millionenbeträge gesprochen. Mit dieser Motion soll für gleiches Geld weniger gearbeitet werden. Die Initianten sind offensichtlich der Meinung, dass Geld auf Bäumen wächst. Was die Linke als Pilotprojekt verkauft, soll eine schleichende und flächendeckende Einführung der 35-Stunden-Woche als Resultat haben. Fakt ist: Die Stadt Zürich ist bereits eine ausgezeichnete Arbeitgeberin und bietet den Arbeitnehmern gute Löhne, Teilzeitmodelle und Arbeitsbedingungen. Die Schere zwischen Mitarbeitern der Stadt und jenen in der Privatwirtschaft soll nicht weiter aufgehen. Eine solche Ungleichbehandlung darf nicht sein.

Johann Widmer (SVP): Die linke Superelite übertrifft sich mit dieser frechen Idee. Plötzlich soll der Staat so schlimm sein wie die bösen Kapitalisten. Wie kommt dieser Vorstoss mit seinen Verleumdungen der Verwaltung wohl bei den Arbeitnehmenden an?

Florine Angele (GLP): Die GLP lehnt den Vorstoss als Postulat, sowie als Motion ab. Auch wenn der Vorstoss gut gemeint ist, ist er utopisch und unrealistisch. Das zeigen die Antworten des Stadtrats. Wir verstehen nicht, weshalb der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss in Form eines Postulats entgegenzunehmen. Wie STR Daniel Leupi ausformuliert hat, herrscht in vielen Branchen, bei denen im Schichtbetrieb gearbeitet wird, Personalmangel. Die Stellen könnten angesichts der horrenden Kosten, die das Vorhaben auslösen würde, nicht einmal vollständig besetzt werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Stadt angestellt sind, profitieren bereits von sehr guten Arbeitsbedingungen, nicht zuletzt beim Lohn. Der Vorstoss würde den Arbeitsmarkt weiter verzerren. Die Stadt kann bei übermässiger Belastung mit punktuellen Initiativen mehr ausrichten.



Ronny Siev (GLP): Die Resultate des Experiments kann ich vorwegnehmen. Am neuen freien Arbeitstag kann man viel Cooles anstellen: Zeit mit der Familie verbringen, Hobbies nachgehen, ein politisches Amt ausüben oder nichts tun. Klar werden das alle Mitarbeitenden toll finden. Eine wissenschaftliche Untersuchung in diesem Bereich erscheint mir überflüssig. Unternehmen und Gewerkschaften steht es heute frei, eine 35-Stunden-Woche zu testen. Den Staat braucht es dafür nicht. Wir lehnen die Motion ab.

Christian Traber (Die Mitte): Die Mitte/EVP-Fraktion wird beide Vorstösse ablehnen. Sie sind sympathisch, aber unrealistisch. Zwar sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse spannend, sie müssten aber im Schweizer Kontext analysiert werden. Auch geniessen städtische Angestellte bereits hervorragende Bedingungen. Private Arbeitgeber, besonders KMU, können mit diesen irgendwann nicht mehr mithalten. Wenn sie eine Arbeitszeitreduktion anbieten möchten, können sie dies tun. Die Stadt braucht es dabei nicht.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die Diskussion zu diesen Geschäften ist absurd. Wir leben in Zeiten, in denen wir Katastrophen ausgesetzt sind, die es noch nie in einem vergleichbaren Ausmass gab. Wir müssen dringend entschleunigen. Die 35-Stunden-Woche ist eines der geeigneten Instrumente. Das Kantonsspital Wetzikon hat bereits eine 38-Stunden-Woche eingeführt. Da kann mir keiner vorwerfen, ich vergleiche Zürich mit Städten, die ganz anders seien, sei es betreffend Kaufkraft oder anderer Faktoren. Auch der Fachkräftemangel ist ein Scheinargument: Unzählige Ärzte und Pflegekräfte arbeiten Teilzeit oder verlassen den Beruf aufgrund von zu hoher Belastung. Diese würden zurückkommen, wenn es ihnen bloss ermöglicht würde. Den Vorwurf, die 35-Stunden-Woche für städtische Angestellte führe zur Ungleichbehandlung, kann ich ebenfalls nicht gelten lassen. Der Stadtrat macht dies nämlich schon heute, beispielsweise mit dem Programm «Stärkung Pflege». Das hat noch zu keiner einzigen Lohnklage geführt. Wieso ist die Ungleichbehandlung dort zulässig, hier aber nicht? Nochmals: Wir müssen neue Wege beschreiten. Wer, wenn nicht die reiche Stadt Zürich, kann sich das leisten?

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist anspruchsvoll. Unbezahlte Sorgearbeit wird hauptsächlich von Frauen übernommen, was zu weniger bezahlter Arbeitszeit, Lohneinbussen und einer kleineren Rente führt. Arbeitszeitreduktionen wie die 35-Stunden-Woche können sich auf die Verteilung der Sorgearbeit und somit auf die Gleichstellung auswirken. Weiter kann sie zu einer gleicheren Behandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt führen und hat positive Auswirkungen auf den Klimaschutz. Ein wissenschaftlich begleitetes Projekt kann in all diesen Bereichen mehr Klarheit schaffen. Wir unterstützen daher beide Vorstösse.

Pärparim Avdili (FDP): Es ist richtig, Teilzeitpensen anzubieten. Was die AL fordert, ist eine blosser Lohnerhöhung: Gleicher Lohn bei weniger Arbeit. Auch konnte die AL nicht beantworten, wie auf den Fachkräftemangel reagiert werden soll. Dieser wird sich mit Einführung dieses Pilotprojekts nur noch verstärken. Witzlos ist auch, dass Vorstösse der Ratslinken selten zu Mehrwert führen, höchstens zu mehr Arbeit – und das bei Forderungen nach weniger Arbeit. Es kann durchaus sein, dass die 42-Stunden-Woche veraltet ist. Es lässt sich durchaus diskutieren, ob die Koppelung der Bezahlung an Arbeitszeit noch sinnvoll ist. Die beiden Vorstösse schlagen jedoch genau dasselbe veraltete Konzept vor. Sie verbinden es bloss mit einer Lohnerhöhung.



5 / 5

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Meine Dissertation habe ich über die Humanisierung der Arbeitswelt geschrieben. Darin habe ich herausgefunden, dass das Angebot einer flexiblen Arbeitszeit wahrhaftig flexibel sein muss, um sich zu lohnen. Ein Festhalten an starren zeitlichen Regelungen erweist dem Arbeitnehmer keinen Dienst. Auch aus diesem Blickwinkel gesehen, ist die Motion abzulehnen.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1523. 2022/290

Postulat von Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 29.06.2022: Pilotversuch für eine Viertagewoche bei maximal 35 Stunden Arbeit pro Woche mit einem gestaffelten, lohnabhängigen Lohnausgleich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/287, Beschluss-Nr. 1522/2023.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 322/2022).

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 13. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat